



Mitglieder der Schweizer Handelsdelegation auf einem Spaziergang durch die japanische Hauptstadt Edo (heute Tokio). Der Stich stammt, wie alle folgenden, aus Aimé Humberts Buch *Le Japon illustré*, 1870.

Uhren und Kanonen für ein Reich im Umbruch

1864 gelang der Schweiz ein Coup: Als wäre sie eine Grossmacht, kam sie zu einem Handelsvertrag mit Japan. Drahtzieher war Aimé Humbert, ein Uhrenlobbyist aus Neuenburg. Er suchte neue Märkte – und landete mitten in einer Revolution.

Von Jonas Rüegg

Aimé Humbert war erleichtert, als die Delegation von schwertragenden Samurai-Beamten zur Vertragsunterzeichnung aufmarschierte. Es war der 6. Februar 1864, und die Schweizer Fahne wehte feierlich über den Dächern der Tempelanlage Chōōji im Süden der japanischen Hauptstadt Edo (heute Tokio). Kurzfristig umfunktioniert, diente der Tempel Aimé Humbert, dem Gesandten des Bundesrats, als Konsulat. Seit die Amerikaner das abgeschottete Japan einige Jahre zuvor zur Öffnung seiner Handelshäfen gezwungen hatten, drängten auch Schweizer Industrielle darauf, den japanischen Markt zu erschliessen. Im Dezember 1862 hatte der Bundesrat den Neuenburger Uhrenlobbyisten als Unterhändler nach Asien entsandt – um einen Handelsvertrag mit den Japanern zustande zu bringen.

In Japan war Humbert weitgehend auf sich selbst gestellt. Die viermonatige Überfahrt war ohne Zwischenfälle verlaufen, doch kaum war er am 9. April 1863 in Japan angekommen, lief nichts mehr nach Plan. Die Regierung war destabilisiert, und die Japaner wollten von einem Vertrag mit der Schweiz nichts wissen – Aimé Humbert stand vor verschlossenen Türen. Nach einem halben Jahr ohne Verhandlungserfolge erreichte ihn im Oktober der Befehl des Bundesrats, die überfällige und mittlerweile viel zu teure Mission bis Ende Jahr abzubrechen. Doch Humbert setzte sich über den Befehl hinweg. Er verliess sich auf die Interessen der mächtigen Niederlande, deren Nachdruck die Japaner in letzter Minute tatsächlich noch dazu bewog, der kleinen Schweiz die exklusiven Handelsprivilegien einer Grossmacht einzuräumen.

«Unser Gesandter mag sich Glück wünschen zu diesem Ergebnis», schrieb die NZZ, als die Nachricht über den Abschluss des Vertrags die Schweiz erreichte, «denn wenn er auch nicht zu befürchten hatte, dass ihm bei seiner Heimkunft der Bauch aufgeschlitzt werde, so hätten wir ihm jedenfalls nicht für seinen Appetit garantieren wollen.»

Die Verträge, die westliche Staaten Japan ab den 1850er Jahren aufgezwungen hatten, beruhten nicht auf Gegenseitigkeit. Sie garantierten den westlichen Vertragsmächten einseitigen Markt-

zugang und Immunität gegenüber japanischen Gesetzen; Japan zwangen sie zur Festlegung tiefer Importzölle. Auch China, Korea und Siam wurden zu solchen «Ungleichen Verträgen» genötigt. Sie gelten als «semikolonial», da sie die Souveränität der asiatischen Staaten beschnitten, wenn sie auch nicht zu einer territorialen Eroberung führten. In China wurde das Machtgefälle mit militärischer Konfrontation geschaffen, in Japan und Siam reichten subtilere Machtdemonstrationen aus.

Die Schweiz hatte in Asien keine eigenen Druckmittel. Ohne das niederländische Kriegsschiff «Medusa» in der Bucht von Edo und ohne sich überschneidende Interessen mit anderen Grossmächten wäre es Humbert nicht gelungen, den jungen Schweizer Bundesstaat in das ostwestliche Machtgefälle einzufügen und Schweizer Kaufleuten den Zugang zum japanischen Markt zu öffnen. Die Geschichte des Schweizer Handels in Asien ist also nur im Kontext imperialer Machtverhältnisse verständlich.

Doch die Beziehungen zwischen der Schweiz und Japan erzählen auch von einer oft übersehenen, ambivalenten Dynamik der Globalisierung. Beide Länder waren von rivalisierenden Grossmächten umgeben. Beide durchliefen nur wenige Jahre versetzt tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen, einen Bürgerkrieg und eine Staatsneugründung, und beide brachten mit zum Teil autoritären Mitteln die Industrialisierung ins Rollen. Die Schweiz strebte nach fernen Absatzmärkten, um dem Protektionismus seiner europäischen Nachbarn zu entkommen. Japan strebte nur wenige Jahrzehnte später als einzige aussereuropäische Nation in den Rang eines modernen Kolonialreichs: Es dehnte seine Einflussphäre in Ostasien und im Pazifik aus und nahm zwischen 1895 und 1945 zahlreiche Territorien in Besitz, von Formosa (heute Taiwan) über Südsachalin und Korea bis zur Mandschurei.

Das war ein radikaler Bruch mit dem altbewährten politischen System. Während mehr als zweier Jahrhunderte hatte Japan europäische Interessen von seinem Territorium ferngehalten. Nur die Niederländer, die der christlichen

Missionierung abgeschworen hatten, durften auf einer kleinen aufgeschütteten Insel vor Nagasaki einen Handelsposten betreiben. Die restriktive Aussenpolitik sollte die Kontrolle des Staatsoberhauptes, des Schoguns, über den Aussenhandel stärken und das Risiko einer vom Ausland unterstützten Rebellion verringern. Denn seit Tokugawa Ieyasu, der Gründer des sogenannten Tokugawa-Schogunats, das Land im Jahr 1600 militärisch geeint und in feudaler Manier an seine Vasallen verteilt hatte, war Japan ein Flickenteppich von weitgehend autonomen Fürstentümern. Der Zusammenhalt hing von der Loyalität aller Fürsten dem Schogun gegenüber ab. Der Kaiser war zwar noch eine spirituelle Autorität, politisch aber marginalisiert.

Die restriktive Aussenpolitik Japans, von den Europäern gern als nationale Abschottung bezeichnet, endete abrupt, als 1853 ein amerikanisches Geschwader in die Bucht von Edo einlief. Nur wenige Jahre zuvor hatten die Briten, die im grossen Stil Opium ins chinesische Guangzhou exportiert hatten, auf Chinas Opiumverbot mit Krieg geantwortet. Der Konflikt endete mit der Abtretung Hongkongs an Grossbritannien und äusserst unangenehmen Kapitulationsbedingungen für China (*NZZ Geschichte* Nr. 45, April 2023). Der «Opiumkrieg» von 1839 bis 1842 war den Japanern in frischer Erinnerung, als die Amerikaner ihre Salven abfeuerten. Das militärisch träge Schogunat sah sich genötigt, in einer Geste der Deeskalation die Öffnung seiner Häfen für westliche Händler zu versprechen.

Vielleicht waren es Medienberichte, die Aimé Humbert, Sohn eines Neuenburger Uhrenfabrikanten, auf Japan aufmerksam machten. Die *NZZ* etwa berichtete schon 1854, japanische Häuser seien «behaglich, wenn auch mit einem mangelhaften Hausgerät versehen». Japaner schätzten aber offenbar eine präzise Zeitmessung, bisweilen sehe man «Uhren japanischer Fabrikation», die den Schweizer Präzisionsmechanikern allerdings nicht gleichkämen. Um in Bern für eine Handelsdelegation nach Japan zu lobbyieren, gründete Humbert mit Westschweizer Uhrmachern 1858 den Branchenverband Union Horlogère und liess sich zu deren Präsidenten wäh-

len. Zu jener Zeit war die Schweizer Aussenpolitik fest im Griff einer Gruppe liberaler Industrievertreter; von der katholisch-konservativen Opposition wurden sie als «Bundesbarone» bezeichnet. Nicht der Bundesrat, sondern sie prägten die Beziehungen zum Ausland. Auch Humbert konnte sich darauf verlassen, dass der Bundesrat seine Initiative guthiess, auch wenn ihr privatwirtschaftlicher Charakter augenfällig war.

1859 traf ein gewisser Rudolf Lindau mit zwei Kaufleuten im Gefolge am Hof des Schoguns ein. Dort staunte man nicht schlecht, dass er offenbar im Auftrag eines Landes reiste, das man auf der Karte zuerst einmal suchen musste, und gleich einen Handelsvertrag beantragte. Lindau, ein Preusse, der als Hauslehrer in Frankreich gearbeitet hatte, hatte sich bei Humbert für die Mission beworben und war darauf mit einem Empfehlungsschreiben der Schweizer Regierung ausgestattet worden. Die halboffizielle Aufmachung der Delegation rief den Argwohn der Japaner hervor. «Dieses Land scheint nach unserem Atlas ein kleines Land zu sein, das zwischen Deutschland, Frankreich und Italien liegt», hiess es in einem Regierungsprotokoll. «Der Schweizer kam mit einem gewöhnlichen Handelsschiff, obwohl er die Stellung eines Gesandten beansprucht. Deswegen glauben wir berechtigt zu sein, diese Angelegenheit nicht so ernst zu nehmen und seinen Anspruch anders zu behandeln als die Gesuche anderer Mächte.» Die fehlende Trennung zwischen staatlicher Aussenpolitik und privater Wirtschaftsinitiative kam in Japan einem Bruch des Protokolls gleich. Lindau musste das Land unverrichteter Dinge wieder verlassen.

Darauf beschloss Humbert, selber in Japan vorzusprechen. Wenngleich ein Grossteil des Missionsbudgets weiterhin aus Beiträgen von Industrie und Kantonen bestand, reiste er nun als bevollmächtigter Minister. Zudem liess er sich unter den Schutz einer mächtigeren Nation stellen: Der niederländische Konsul in Nagasaki, Jan Karel de Wit, erklärte sich bereit, ihn beim japanischen Magistraten für Auslandangelegenheiten einzuführen. Schliesslich teilten die Schweiz und die Niederlande gewisse Interessen: Schweizer Industriebetriebe verarbeiteten Baumwolle und



Die amerikanische Gesandtschaft, untergebracht im Tempel Zenpukuji in Edo. Es waren die Amerikaner, die Japan 1853 mit militärischen Drohgebärden dazu zwangen, seine Häfen für westliche Händler zu öffnen.

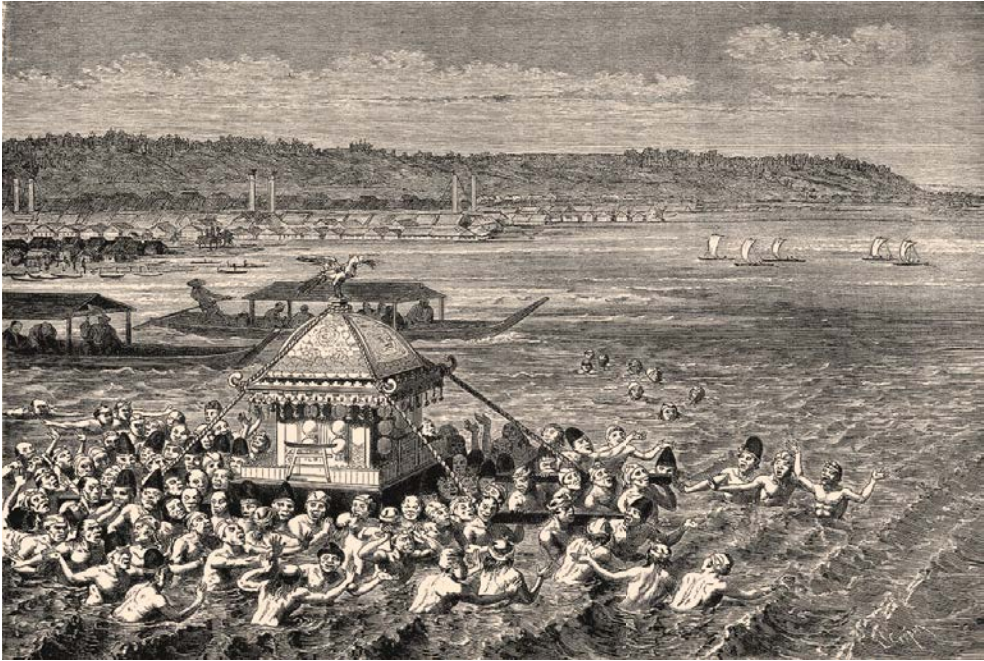
andere Rohstoffe aus niederländischen Kolonien, die künftig in Japan würden abgesetzt werden können. Zudem gingen die Niederländer davon aus, dass erneute Verhandlungen auch ihre eigene Position gegenüber Japan verbessern würden.

Die Amerikaner hatten mit ihrem Vertrag von 1854 nämlich vorgesorgt und eine Meistbegünstigungsklausel eingeführt: Alle Privilegien, die späteren Vertragspartnern zugestanden werden sollten, würden rückwirkend auch für die USA gelten. Andere Grossmächte setzten ebenfalls auf eine solche Meistbegünstigungsklausel. Der Vertrag mit der Schweiz sollte deshalb vom gleichen Muster ausgehen wie die bereits existierenden Verträge mit den USA, den Niederlanden, Russland, Grossbritannien und Frankreich: Niedrige Einfuhrzölle wurden festgesetzt, und Ausländer wurden von den japanischen Gesetzen ausgenommen.

Dass das Schogunat umgekehrt keine Privilegien für seine Untertanen forderte, hatte damit zu tun, dass man gar nicht daran dachte, das altbewährte System des streng kontrollierten und

auf wenige Häfen beschränkten Aussenhandels über Bord zu werfen oder Reisen nach Übersee zu legalisieren. Auch die sogenannte Konsulargerichtsbarkeit, also das Prinzip, dass Ausländer nur vom Konsul ihrer eigenen Regierung, nicht aber von den japanischen Behörden verurteilt werden konnten, schien zunächst zum japanischen System zu passen, in dem Gilden und Dorfgemeinschaften für die Rechtschaffenheit ihrer Mitglieder bürgten. Letztlich ging es für das Schogunat in den Verhandlungen genauso sehr darum, wirtschaftliche Veränderungen abzufedern, wie darum, physische und ideologische Grenzen zu wahren.

Der japanische Historiker Yamamoto Takahiro hat den Effekt der Ungleichen Verträge als «Gleichgewicht des Vorzugs» beschrieben: Jede Vertragsnation hatte ein Interesse daran, dass spätere Verträge die zugesicherten Privilegien allgemeingültig erweitern würden. Gleichzeitig war es im Interesse eines jeden Vertragspartners, die Konkurrenten davon abzuhalten, Territorium von Japan abzutrennen und für sich allein zu



Bei einer Prozession ziehen Fischer in Edo ihre zentrale Gottheit auf einem Schrein durchs Meer. Für Humbert war klar: Um eine erfolgreiche Zukunft zu haben, musste sich Japan der westlichen Zivilisation öffnen.

kolonisieren. Als Russland 1861 versuchte, die Insel Tsushima militärisch zu besetzen, intervenierte Grossbritannien bereitwillig. Umgekehrt erhielt das Schogunat die Zustimmung aller ausländischen Vertretungen, als es sich kurz darauf die staatenlosen Ogasawara-Inseln im Pazifik einverleiben wollte.

Als Aimé Humbert also mit einer Delegation von fünf Schweizer Industrievertretern auf der britischen «Swatow» in Nagasaki einlief, war er sich gewiss, dass die Verhandlungen eine Formalität sein würden. Denn wie er in einem Brief an seine Frau erklärte, «wird der Handel mit dem Orient immer demokratischer, jeder kann darin seinen bescheidenen Teil beanspruchen». Allerdings stellte sich bald heraus, dass die Sache komplizierter werden würde, denn auf japanischer Seite überschatteten wirtschaftliche Verwerfungen und soziale Spannungen die Vorzüge von Schweizer Luxusuhren. Seit die japanischen Handelshäfen im Januar 1860 geöffnet worden waren, befand sich das Inselreich im Umbruch. In kürzester Zeit verarmte der einst stolze Stand

der Samurai: Die Gehälter der bewaffneten Beamten, die der Staat in Reis ausbezahlte, schmolzen dahin, während der Goldpreis explodierte. Gleichzeitig drangsalierten westliche Regierungen die Japaner, indem sie pedantisch auf den Vorrechten beharrten, die ihnen unter vorgehaltenen Kanonen gewährt worden waren.

Der Regierung des Schoguns, die seit über 250 Jahren die Geschicke des Landes bestimmte, entglitt zusehends die Kontrolle. Aktivisten und Revolutionäre beriefen sich auf den Kaiser, der sich in Kyoto fernab des politischen Geschehens mit Spiritualität und Poesie befasste. Der Ruf «Sonnō jōi» – Ehret den Kaiser, vertreibt die Barbaren! – hallte durch die Strassen, und immer wieder kam es zu Anschlägen von verarmten Samurai auf Kaufleute und Regierungsvertreter. Das britische Konsulat wurde überfallen, und der Minister Ii Naosuke, der den Urvertrag mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet hatte, wurde gar auf offener Strasse ermordet. Es war klar, dass weitere Konzessionen an fremde Regierungen die Unruhen noch befeuern würden.



Diverse Abbildungen in Humberts Buch waren für das westliche Publikum arrangiert, Kriegsposen etwa sollten ein martialisches Reich zeigen. So wie auf diesem Bild stellte man sich in Europa die wahren Samurai vor.

Im Sommer 1863, als Humbert sich in die Aussicht auf einen längeren Aufenthalt ergeben hatte, spitzten sich die Spannungen zu. Der Fürst von Satsuma tötete einen britischen Kaufmann, nachdem dieser sich geweigert hatte, vom Pferd zu steigen und dem fürstlichen Gefolge die Strasse freizugeben. Der britische Konsul Rutherford Alcock forderte daraufhin eine Genugtuung von 440 000 mexikanischen Silberdollar, was einem Drittel des schogunalen Finanzhaushalts entsprach. Als der sonst politisch abwesende Kaiser daraufhin den Schogun einberief und ihm befahl, alle Ausländer auszuweisen, eskalierte der Konflikt. Wegen Sicherheitsbedenken wurde die Schweizer Gesandtschaft auf eine Jacht in der Bucht von Edo evakuiert, die Verhandlungen wurden vertagt.

Humbert hatte nicht viel Verständnis für Japans Regierung. Die Beamten, glaubte er, inszenierten alles nur, um ihrem Volk den Fortschritt zu verwehren. Als bald darauf das rebellische Fürstentum Chōshū das Feuer auf die niederländische Korvette «Medusa» eröffnete, sah er die

Entscheidungsschlacht der Weltsysteme gekommen. Seiner Frau schrieb er aufgeregt: «Es ist meine gute alte «Medusa», der die Ehre zuteil wird, die Erste im Gefecht dieses Krieges zu sein, der Japan ein für allemal der westlichen Zivilisation öffnen wird – und dem Christentum!» Jedes Scharmützel weckte in Humbert Hoffnungen auf die Stunde des europäischen Triumphs. Und auf den Durchbruch für seinen Vertrag.

Humberts Diagnose für Japan war klar: So wie das Ancien Régime einst den Aufstieg des Bürgertums in der Schweiz zu unterdrücken versucht hatte, war Japan im Griff einer fortschrittsfeindlichen, feudalen Regierung. Würde Japan von dieser Elite befreit, so war Humbert überzeugt, würde dessen Pfad in die Zukunft kaum von jenem der Schweiz abweichen. Die Japaner hätten «die noble Ambition, die Schüler jener Nationen zu werden, die heute die Meere und die Geschäfte der ganzen Welt dominieren», notierte er. «Doch werden sie begreifen, dass die dafür notwendige Kraft sich ausschliesslich aus jener Quelle schöpfen lässt, die heute die christliche

Zivilisation nährt?» Humbert vermischte in seiner Diagnose den unbeirrbar fortschrittsgläubigen der radikalliberalen Bewegung mit einer eurozentrischen Kulturhierarchie.

Tausende von Seiten füllte der Neuenburger in diesen Monaten mit Reflexionen über Japan, und er sammelte Zeichnungen, Holzschnitte und Gemälde, die die schwindende Welt des «alten» Japan dokumentieren sollten. Besonders die Werke des britisch-italienischen Fotografen Felice Beato, der ab 1863 in Yokohama residierte, waren bedeutsame Quellen für seine späteren Publikationen. Dabei befriedigten Beatos Fotografien in erster Linie die Ansprüche einer westlichen Kundschaft: Kriegsposen von Samurai in Rüstung oder auch Hinrichtungen wurden im Studio inszeniert und nährten die Vorstellung eines martialischen Reichs.

Derweil wurde in der Schweiz der Bundesrat ungeduldig. Humbert hatte das Budget der Mission längst überzogen, und noch immer war kein Fortschritt zu verzeichnen. Im Oktober erhielt er den Befehl, bis Ende Jahr wieder in der Schweiz zu sein. Nur schon wegen der langen Reise hätte Humbert diese Frist kaum wahren können. Stattdessen versprach er, die Mission zum Ende des japanischen Jahres am 7. Februar 1864 abzuschliessen. Angesichts der trägen diplomatischen Abläufe war die Zeit nun äusserst knapp, das wussten auch Humberts Partner. Im Dezember schaltete sich der niederländische Konsul Dirk de Graeff van Polsbroek ein und verlangte, dass die Verhandlungen im Januar aufgenommen würden. Als noch immer nichts geschah, drohte er, die Niederlande würden eine geplante japanische Delegation nach Europa abweisen, wenn man nicht sofort auf den Schweizer Antrag eingehe. Erst dann kam Bewegung in die Sache. Nach dreitägigen Verhandlungen lag der Vertrag am 28. Januar vor, und am 6. Februar – just einen Tag vor Humberts versprochener Abreise – konnte er unterzeichnet werden.

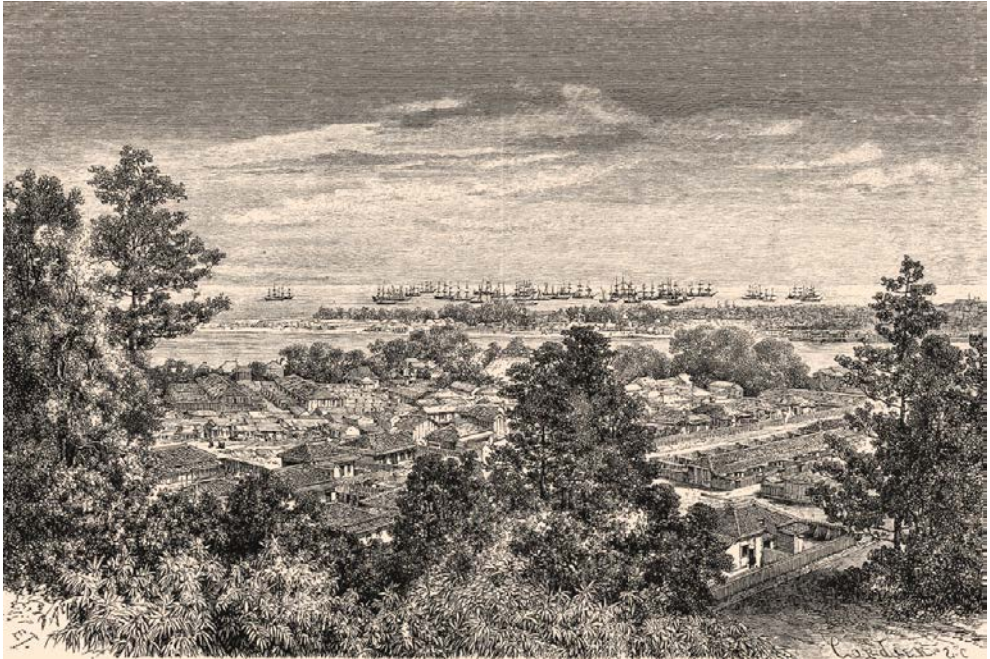
Dass die Schweiz als erste Binnennation die Privilegien der Vertragsmächte erhielt, wurde zu Hause mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. «Wir sind also in Yokohama und Edo so guten Rechtes als alle andern Völker Europas», frohlockte die NZZ. «Da wir den Weg um die Erde

herum ohne Kanonen gefunden haben, so ist zu erwarten, dass wir auch die Bekanntschaft mit den Japanesen ohne Anwendung des Schiesspulvers zu machen im Stande sein werden.»

In Japan mit Waffengewalt etwas erreichen zu wollen, wäre für die sechsköpfige Delegation in der Tat unvernünftig gewesen. Ganz ohne Waffen ging es dennoch nicht zu und her. Mit dem Niedergang des Schogunats stieg in Japan die Nachfrage nach Kriegsmaterial, und Schweizer Kaufleute waren zur Stelle, als es um die Aufrüstung der Konfliktparteien ging. Aimé Humberts früherer Handelsattaché Caspar Brennwald hielt in Yokohama trotz der explosiven Situation die Stellung als Konsul. Seinen diplomatischen Status nutzte der Bäckerssohn aus dem zürcherischen Männedorf für Recherchen zum Handel mit der japanischen Provinz. Das nützte ihm nicht nur bei der Gründung seiner Handelsgesellschaft Siber & Brennwald, sondern auch beim Navigieren durch heikle Konfliktsituationen und der Vermittlung von Schweizer Industriegütern.

Als es ab 1866 immer deutlicher auf einen Bürgerkrieg zuging, fand sich Brennwald in der paradoxen Situation, Waffenlieferungen an die japanischen Regierungstruppen einzufädeln, während er gleichzeitig mit rebellierenden Fürstentümern in Westjapan über Gewehre, Kanonen und Schiesspulver aus Europa und Amerika verhandelte. Sein Geschäftspartner Hermann Siber versorgte das Fürstentum Sendai mit Waffen, und auch über James Favre-Brandt, ebenfalls ein früherer Handelsattaché Humberts, gelangten Rüstungsgüter an die Regierungstruppen und an aufständische Fürstentümer. Dank der militärischen Aufrüstung gelang es den Fürsten schliesslich, die Regierungstruppen zu schlagen und den Schogun zu entthronen. 1868 setzten sie den bisher bedeutungslosen Kaiser an die Spitze eines neuen Staats.

Der revolutionäre Umsturz, der als Meiji-Reform in die Geschichte einging, ist von globalhistorischer Bedeutung. Zum ersten Mal ausserhalb Europas verwirklichten in Japan Oligarchen, Arbeiterinnen und Ingenieure eine industrielle Revolution, und innert weniger Jahre



Panorama der Stadt Yokohama. Viele der Bilder, die Humbert in seinem Buch präsentierte, basierten auf Aufnahmen von Felice Beato, einem britisch-italienischen Fotografen, der ab 1863 in Yokohama lebte.

behauptete sich das Kaiserreich als regionale Macht. Mit der Annexion der Ogasawara-Inseln (1875), der Kurilen (ebenfalls 1875) und des Königreichs Ryukyu im heutigen Okinawa (1879) begann Japan eine territoriale Expansion, während seine eigene Souveränität weiterhin von Ungleichen Verträgen beschnitten war. Diese Doppelrolle war im späten 19. Jahrhundert einzigartig, wie die amerikanische Historikerin Catherine Phipps bemerkt: Japan konnte sich im nordostasiatischen Archipel auf die Seite der Kolonialmächte schlagen, fremde Territorien unterwerfen und seinerseits Ungleiche Verträge abschliessen. So drängten die Japaner das Königreich Korea nach einer kurzen Konfrontation im Gelben Meer im Februar 1876 zum Abschluss eines Abkommens, das wesentlich den Ungleichen Verträgen folgte.

Indem sich Japan gegenüber asiatischen Ländern in die Rolle einer Vertragsmacht begab, bekannte es sich zur eurozentrischen Kulturhierarchie. Der liberale Vordenker Fukuzawa Yukichi drückte das 1885 so aus: «Wir haben keine Zeit,

um auf die Aufklärung unserer Nachbarn zu warten und gemeinsam an der Entwicklung Asiens zu arbeiten. Es ist besser, wir verlassen den Stand der asiatischen Nationen und versuchen unser Glück unter den zivilisierten Nationen des Westens.» Das änderte nichts daran, dass sich die Europäer ihrerseits den Japanern überlegen fühlten. Selbst aus der Bundesverwaltung in Bern hiess es, Japan sei keineswegs mit Staaten gleichzusetzen, «die auf derselben Kulturstufe stehen wie unser Vaterland».

Statt sich über eine solche europäische Anmassung zu empören, bemühte sich Japan um eine institutionelle und kulturelle «Modernisierung»: Der Kaiser trug nun eine Militäruniform, und Damen von Welt flanierten in viktorianischen Roben. Die Reform wurde prominent in die öffentliche Sphäre getragen. «Fukoku kyōhei» – Reiche Nation, starke Armee – hiess die Losung der Regierung. Freilich waren nicht alle damit einverstanden, dass Militarismus und Expansion der einzige Weg sein sollten, um die Unabhängigkeit zu bewahren. Konzepte wie



Le Japon illustré war das umfangreichste Buch über Japan, das um 1870 in Europa vorlag. Es prägte das Bild, das man sich von der Gesellschaft des Inselstaats machte. Hier: Tanzszene in einem Teehaus in Yokohama.

«Freiheit», «Bürger» und «Souveränität» wurden damals erstmals ins Japanische übersetzt und lösten grundlegende Debatten aus. 1879 versprach der Kaiser dem Volk, innert zehn Jahren eine Verfassung zu erlassen, die die Rolle des Staats definieren würde.

Wie sollte diese Rolle aussehen? Mit dieser Frage kam eine weitere Seite der Beziehungen zwischen der Schweiz und Japan ins Spiel: Unter den Liberalen hatte gerade das schweizerische Modell Konjunktur. Der Bürgerrechtsaktivist Nakae Chōmin, der als Erster das Werk des Genfer Aufklärers Jean-Jacques Rousseau ins Japanische übertragen hatte, war der Ansicht, dass der Staat nicht militärische Stärke, sondern das Wohlergehen der breiten Volksmassen an die erste Stelle setzen sollte. 1882 entwarf er eine Verfassung für ein föderales Japan; seine Ideale schöpfte er mitunter aus einem verklärten Bild der Schweiz. Vor allem die Frage, wie es für einen kleinen Staat möglich war, dass er weder kolonisierte noch selber kolonisiert wurde, trieb die Vordenker der Reform um. Dazu passte, dass

Schillers *Wilhelm Tell* als *Drama der Schweizer Freiheit* 1880 in Tokio uraufgeführt wurde. Innert zehn Jahren wurde das Stück mindestens dreimal auf Japanisch übersetzt und in den japanischen Kontext übertragen.

Die Hoffnungen der Bürgerrechtsbewegung endeten jäh, als der Kaiser 1889 seine Verfassung verlas: Das Stimmrecht wurde auf rund ein Prozent der männlichen Bevölkerung beschränkt. Trotz diesem autoritären Charakter war das Grundgesetz eine wichtige Voraussetzung für die Revision der Ungleichen Verträge. Da die westlichen Vertragsmächte die japanische Gesetzgebung nun als «zivilisiert» anerkennen mussten, begann ein Kuhhandel: Die Japaner bekamen die Zollhoheit und die volle Gerichtsbarkeit zurück, dafür erhielten Bürger der Vertragspartner in ganz Japan, nicht nur in den Handelshäfen, die Niederlassungsfreiheit und Handelsprivilegien. Der Bundesrat informierte das Parlament im November 1896, dass die japanische Regierung auf eine Revision poche, «mit dem Hinweis auf eine von ihr vorbereitete Reform des gesamten

Rechtswesens nach modernen Grundsätzen», doch die Entscheidung war längst gefallen. Grossbritannien hatte seinen Vertrag schon 1894 revidiert und brachte damit das gesamte Vertragsregime zum Einsturz. Per 17. Juli 1899 wurden alle Ungleichen Verträge ersetzt, und Japan, das mittlerweile auch noch Taiwan kolonisiert hatte, befand sich auf dem Weg in die Ränge der grossen Imperien.

Für die Schweizer Uhrenhändler waren die Konsequenzen dramatisch. Japan führte hohe Zölle auf Luxusgüter ein: 1899 brach der Handel mit Schweizer Uhren praktisch zusammen. Trotzdem blieb das Kaiserreich ein wichtiger Handelspartner. Insbesondere die Textilindustrie verliess sich auf die Seidenlieferungen der Firma Siber & Brennwald aus Japan. Caspar Brennwald selbst hatte Japan 1882 verlassen, doch sein Unternehmen bestand fort: Es ist heute als Teil der DKSH Holding das am längsten in Japan tätige ausländische Unternehmen.

Aimé Humbert hingegen kehrte nie mehr nach Japan zurück. Er war am Tag nach dem Vertragsabschluss über San Francisco und New York zurück nach Neuenburg gereist. Seine Betrachtungen über Japan und die vermeintliche Pflicht der Europäer, das asiatische Land vom Feudalismus zu befreien, wurden dagegen weitherum gelesen. Sein monumentales Werk *Le Japon illustré*, das er 1870 in Paris publizierte, galt in Europa noch lange als eine der wichtigsten Quellen zu japanischer Politik, Kunst und Kultur. Bis heute liegt es in japanischen Buchhandlungen als Taschenbuch auf.

Fürst Iwakura, ein Mitbegründer des neuen Japan, der 1873 auf einem Staatsbesuch in Genf mit Humbert zusammengelassen war, meinte zu dessen Werk: «Monsieur Humbert ist sich heute klar darüber, dass es einige Unzulänglichkeiten in seinem Buche gibt.» Es stelle jedoch unzweifelhaft «eine bemerkenswerte Leistung» dar. Humbert nickte der Anerkennung des Fürsten wohl bescheiden zu. Ob er sich danach je wieder dem Studium Japans zuwandte, ist nicht bekannt. Die Tausende Objekte seiner Japan-Sammlung hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits an einen Genfer Verleger verkauft. |c|



Jonas Rüegg, Jahrgang 1989, unterrichtet Globalgeschichte an der Universität Zürich. In seiner Forschung befasst er sich mit ökologischen und sozialen Transformationen in der Region Asien/Pazifik seit 1800. Sein Buch *The Kuroshio Frontier: Empire and Environment in the Making of Japan's Pacific* erscheint demnächst bei Cambridge University Press.



Weiterführende Literatur

- Claudia Aufdermauer:** Die Bundesbarone und die Neutralität. Der Einfluss der Wirtschaftsvertreter auf die schweizerische Aussenpolitik und Aussenhandelspolitik (1848–1872). Dissertation an der Universität Freiburg 2016.
- Michael R. Auslin:** Negotiating with Imperialism. The Unequal Treaties and the Culture of Japanese Diplomacy. Cambridge, Massachusetts, 2004.
- Roger Mottini:** Tell in Tokyo. Schweizerisch-japanische Begegnungen von den Anfängen bis 1914. München 2009.
- Catherine L. Phipps:** Empires on the Waterfront. Japan's Ports and Power, 1858–1899. Cambridge, Massachusetts, 2015.
- Takahiro Yamamoto:** Demarcating Japan. Imperialism, Islanders, and Mobility, 1855–1884. Cambridge, Massachusetts, 2023.
- Patrick Ziltener (Hg.):** Handbuch Schweiz – Japan. Diplomatie und Politik, Wirtschaft und Geschichte, Wissenschaft und Kultur. Zürich 2010.